

# Stadtverordnetenversammlung

## Protokoll Nr. STV/01/2006

über die öffentliche Sitzung am 16.01.2006,  
Rettungszentrum, Am Weinberg 2

---

Beginn : 19:30 Uhr  
Ende : 22:45 Uhr

### **Anwesend**

#### **Vorsitz**

Herr Werner Bandick - Bürgervorsteher -

#### **Stadtverordnete**

Herr Horst Aschmann  
Frau Carola Behr  
Herr Rudolf Beyrich  
Frau Doris Brandt  
Herr Harald Düwel  
Herr Andreas Fleischer  
Herr Lienhard Franz  
Herr Andreas Freund - entschuldigt am 17.01.06 -  
Herr Rolf Griesenberg - ausser TOP 16 -  
Herr Dieter Heidenreich  
Herr Ole Junker  
Herr Tobias Koch  
Frau Annika Korts  
Herr Dirk Langbehn  
Frau Monja Löwer - entschuldigt am 17.01.06 -  
Herr Hartmut Möller  
Herr Hans A. Pahl  
Frau Susanne Philipp-Richter  
Herr Ragnar Rohweder  
Herr Steffen Rotermundt  
Herr Jörn Schade  
Herr Hinrich Schmick  
Herr Wolfgang Sinning  
Herr Gerd Smith  
Herr Matthias Stern  
Frau Annette Ulrich  
Herr Johan von Hülsen  
Herr Roland Wilde - entschuldigt am 17.01.06 -  
Frau Petra Wilmer  
Herr Gerald Wittkamp  
Herr Heino Wriggers

### weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Herr Günter Kluger - Seniorenbeirat -  
Herr Bela Randschau -Kinder- u. Jugendbeirat-

### Verwaltung

Frau Ursula Pepper  
Herr Thorsten Jahncke  
Herr Horst Kienel  
Herr Hanno Krause  
Frau Meike Niemann  
Herr Thomas Reich  
Herr Ingo Reuter - nur am 16.01.06 -  
Herr Wilhelm Thiele  
Herr Sven Wilke - Protokollführer -

### **Es fehlen entschuldigt**

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

### **Behandelte Punkte der Tagesordnung:**

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Einwohnerfragestunde
3. Festsetzung der Tagesordnung
4. Genehmigung des Protokolls Nr. 08 vom 12.12.2005
5. Antrag der Grünen vom 1. Januar 2006 bezüglich der Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses zum B-Plan 78
6. Bebauungsplan Nr. 78 a für das wie im Beschlussvorschlag unter Punkt 2. beschriebene Gelände 1. Behandlung der Anregungen privater Personen, der Behörden und Träger öffentlicher Belange zur öffentlichen Auslegung 2. Satzungsbeschluss über den Teilbereich des B-Planes Nr. 78 a **2006/002**
7. Grünordnungsplan zum Bebauungsplan 78 a für das Gelände wie im Beschlussvorschlag unter Punkt 2. beschrieben - Behandlung der Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange - Behandlung der Anregungen privater Personen - Behandlung der Anregungen der Nachbargemeinden - Zustimmung zum Entwurf **2006/007**
8. Antrag der Einwohnerversammlung bezüglich der Nordtangente (Entlastung der B 75) **2006/009**

- |       |   |                    |
|-------|---|--------------------|
| 9.    | Antrag der Einwohnerversammlung bezüglich "Kunst im öffentlichen Raum" ("Muschelläufer")  | <b>2006/008</b>    |
| 10.   | Antrag des Kinder- und Jugendbeirates/ SJR Ahrensburg auf Änderung des Vertrages zwischen der Stadt Ahrensburg und dem Stadtjugendring Ahrensburg e. V. |                    |
| 11.   | Erlass der Haushaltssatzung 2006 - Beschlussfassung über den Stellenplan 2006 -   | <b>2005/ 145</b>   |
| 12.   | Haushaltsdebatte  |                    |
| 12.1. | Finanz- und Investitionsprogramm 2005 - 2009  | <b>2005/ 129.1</b> |
| 12.2. | Erlass der Haushaltssatzung 2006 - Entwurf des Verwaltungs- und Vermögenshaushalts 2006   | <b>2005/ 130.1</b> |
| 13.   | Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe gem. § 82 GO für Personalausgaben 2005  | <b>2006/001</b>    |
| 14.   | Widmung von Straßen   | <b>2005/ 158</b>   |
| 15.   | Versorgungsquoten im Kindertagesstättenbereich  | <b>2006/004</b>    |

## **1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung**

Bürgervorsteher Bandick begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Er berichtet über die in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse aus der vorangegangenen Sitzung. Dabei hat die Bürgermeisterin im nicht öffentlichen Teil über den Sachstand des Einkaufszentrums Klaus-Groth-Straße berichtet und es ist ein Mietvertrag für eine Grundstücksfläche im Bereich des Stormarnplatzes für den Standort der Ahrensburger Tafel abgeschlossen worden.

## **2 Einwohnerfragestunde**

Es gibt mehrere Fragen und Anregungen aus der Einwohnerschaft zum Thema Buchenweg. Dabei geht es zum einen um Art und Maß der Bebauung, die für dieses Quartier vorgesehenen Wanderwege und die Frage der demographischen Entwicklung bzw. deren Auswirkungen für Ahrensburg. Es wird für den Erhalt des Bauernhofes plädiert und das Thema Befangenheit erörtert. Auf die Frage nach dem Fledermausschutz antwortet die Verwaltung, dass die diesbezügliche Potentialabschätzung in den Abwägungsprozess mit ein-

geflossen sei. Einige Anwohner formulieren ihre Bedenken hinsichtlich der Nichtfestsetzung von Einzel- und Doppelhäusern bzw. deren max. Firsthöhen im Teilgebiet 2. Herr Thiele weist darauf hin, dass trotz Nichtaufnahme dieser Festsetzungen die zu erwartende Baudichte und Prägung wie im übrigen Gebiet bzw. Geltungsbereich gewahrt bleibt, weil die Grundflächenzahl und Geschossflächenzahl mit max. 2 Vollgeschossen und der offenen Bauweise eine entsprechend niedrige Festsetzung darstellen.

Auf die Frage, ob Mitarbeiter der Stadtverwaltung in Gremien der Sparkasse tätig seien, lautet die Antwort der Verwaltung: Nein.

Bezüglich der Nordtangente weisen verschiedene Einwohnerinnen und Einwohner auf die Bedeutung der Straße hin und gehen auf Alternativen zur Trassenführung ein.

Die Frage nach der Zukunft des Muschelläufers soll in der Sitzung beantwortet werden.

### **3 Festsetzung der Tagesordnung**

Der Antrag der Grünen, bisher TOP 17 soll vor dem Bebauungsplan Buchenweg behandelt werden.

Es besteht Einvernehmen, dass die Anregungen aus der Einwohnerversammlung nach den Themen zum Bebauungsplan 78 a Buchenweg behandelt werden.

Der Bericht der Bürgermeisterin entfällt im öffentlichen Teil. Dafür berichtet Bürgermeisterin Pepper im nicht öffentlichen Teil. Dieser Punkt erhält ebenso die für die nicht öffentliche Behandlung erforderliche Mehrheit wie der Erschließungsvertrag.

Mit diesen Änderungen wird die Tagesordnung insgesamt genehmigt.

*Im Verlauf der Sitzung kommt die Stadtverordnetenversammlung überein, die Tagesordnungspunkte - Finanz- und Investitionsplan und Haushaltsplan – in der Fortsetzung der Sitzung am Dienstag zu behandeln.*

### **4 Genehmigung des Protokolls Nr. 08 vom 12.12.2005**

Keine Einwände. Damit ist das Protokoll genehmigt.

**5 Antrag der Grünen vom 1. Januar 2006 bezüglich der Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses zum B-Plan 78**

Stadtverordnete Löwer stellt ihren Antrag (s. Anlage) vor.

Der Antrag der Grünen wird in namentlicher Abstimmung (s. Anlage) mehrheitlich abgelehnt.

**6 Bebauungsplan Nr. 78 a für das wie im Beschlussvorschlag unter Punkt 2. beschriebene Gelände 1. Behandlung der Anregungen privater Personen, der Behörden und Träger öffentlicher Belange zur öffentlichen Auslegung 2. Satzungsbeschluss über den Teilbereich des B-Planes Nr. 78 a** **2006/002**

Auf den Sachvortrag wird verzichtet.

Die Stadtverordneten Heidenreich und Löwer stellen ihre Anträge (s. Anlage) vor.

Stadtverordneter Schade weist auf die durch den Satzungsbeschluss entstehende Rechtsicherheit hin.

Die Anträge der WAB und der Grünen werden jeweils in namentlicher Abstimmung mehrheitlich abgelehnt (s. Anlage).

Der Beschlussvorschlag wird in namentlicher Abstimmung (s. Anlage) mehrheitlich angenommen.

**Beschlussvorschlag:**

1. Die während der öffentlichen Auslegung des Entwurfes des Bebauungsplanes Nr. 78 vorgebrachten Anregungen privater Personen, die Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange und die Stellungnahmen der Nachbargemeinden haben der Bau- und Planungsausschuss und Umweltausschuss mit folgendem Ergebnis geprüft: Die Anregungen der privaten Personen, die Stellungnahmen der Träger der öffentlichen Belange und die Stellungnahmen der Nachbargemeinden werden wie in der Anlage zur Vorlage näher erläutert – teilweise berücksichtigt/teilweise nicht berücksichtigt.

Die Bürgermeisterin wird beauftragt, diejenigen, die Anregungen vorgebracht haben sowie die Träger der öffentlichen Belange, Behörden und Nachbargemeinden, die eine Stellungnahme abgegeben haben, von diesem Ergebnis mit Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.

2. Aufgrund des § 10 BauGB sowie nach § 92 der Landesbauordnung beschließt die Stadtverordnetenversammlung den Bebauungsplan Nr. 78 a für das Gelände östlich des Buchenweges – mit Ausnahme eines 1. Teilbereiches von ca. 150 Meter Länge und einer Tiefe von ca. 30 Metern östlich des Buchenweges in Höhe Buchenweg 1 bis Buchenweg 17 – nördlich der Bebauung Eschenweg bis zur Stadtgrenze – mit Ausnahme eines 2. Teilbereiches nördlich der Grundstücke 36 und 36 b in einer Tiefe von ca. 28 Meter und einer Breite von ca. 30 Meter, einem 3. Teilbereich von ca. 90 Meter Länge im Bereich nördlich des Eschenweges in Höhe Eschenweg teilweise 10 b, 16 und teilweise 22, einem 4. Teilbereich nördlich Buchenweg 39 von ca. 27 Meter Tiefe und 35 Meter Länge – und nordwestlich der Verlängerung des Rosenweges bis zur Stadtgrenze bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B) als Satzung.
3. Die Begründung wird gebilligt. Der Beschluss des Bebauungsplanes durch die Stadtverordnetenversammlung ist nach § 10 BauGB ortsüblich bekannt zu machen. In der Bekanntmachung ist anzugeben, wo der Plan mit Begründung während der Sprechstunden eingesehen und über den Inhalt Auskunft verlangt werden kann.

**Bemerkung:**

*Aufgrund des § 22 Gemeindeordnung Schleswig-Holstein waren keine Gemeindevertreter von der Beratung und Abstimmung gemäß Protokollauszug ausgeschlossen.*

- |          |   |                 |
|----------|---|-----------------|
| <b>7</b> | <b>Grünordnungsplan zum Bebauungsplan 78 a für das Gelände wie im Beschlussvorschlag unter Punkt 2. beschrieben - Behandlung der Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange - Behandlung der Anregungen privater Personen - Behandlung der Anregungen der Nachbargemeinden - Zustimmung zum Entwurf</b> | <b>2006/007</b> |
|----------|---|-----------------|

Auf den Sachvortrag wird verzichtet.

Der Antrag der SPD-Fraktion aus der Sitzung vom 12.12.2005 bezüglich des Wanderweges soll in die Beratung zum Bebauungsplan Nr. 78 b einfließen.

Herr Thiele weist noch einmal darauf hin, dass die Potentialanalyse in Sachen Fledermäuse im Rahmen der Abwägung behandelt worden ist.

Der Beschlussvorschlag zum Grünordnungsplan wird in namentlicher Abstimmung (s. Anlage) angenommen.

**Beschlussvorschlag:**

Die während der öffentlichen Auslegung des Entwurfs des Grünordnungspla-

nes zum Bebauungsplan Nr. 78 a vorgebrachten Anregungen privater Personen, die Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange und der Nachbargemeinden haben der Bau- und Planungsausschuss und Umweltausschuss mit folgendem Ergebnis geprüft:

1. Die Anregungen der privaten Personen und die Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange werden – wie in der Anlage zur Vorlage näher erläutert – teilweise berücksichtigt/teilweise nicht berücksichtigt.
2. Der Entwurf des Grünordnungsplanes zum Bebauungsplan Nr. 78 a für das Gelände östlich des Buchenweges – mit Ausnahme eines 1. Teilbereiches von ca. 150 Meter Länge und einer Tiefe von ca. 30 Metern östlich des Buchenweges in Höhe Buchenweg 1 bis Buchenweg 17 – nördlich der Bebauung Eschenweg bis zur Stadtgrenze – mit Ausnahme eines 2. Teilbereiches nördlich der Grundstücke 36 und 36 b in einer Tiefe von ca. 28 Meter und einer Breite von ca. 30 Meter, einem 3. Teilbereich von ca. 90 Meter Länge im Bereich nördlich des Eschenweges in Höhe Eschenweg teilweise 10 b, 16 und teilweise 22, einem 4. Teilbereich nördlich Buchenweg 39 von ca. 27 Meter Tiefe und 35 Meter Länge – und nordwestlich der Verlängerung des Rosenweges bis zur Stadtgrenze und der dazugehörigen Begründung mit Anlagen werden in der vorliegenden Fassung gebilligt.
3. Die Entwürfe der Planzeichnung und der Begründung mit Anlagen zum vorgenannten Geltungsbereich werden gebilligt.

*Bemerkung:*

*Aufgrund des § 22 Gemeindeordnung Schleswig-Holstein waren folgende Stadtverordnete/Bürgerliche Ausschussmitglieder von der Beratung und Abstimmung gemäß Protokollauszug ausgeschlossen.*

**8 Antrag der Einwohnerversammlung bezüglich der Nordtangente (Entlastung der B 75) 2006/009**

Im Verlauf der Beratung sprechen sich Redner der WAB, SPD und CDU für eine Verweisung des Antrages in den Bau- und Planungsausschuss aus.

Herr Randschau fordert, Gespräche mit der Bahn wegen des Bahnhofs Gartenholz zu führen und die Ergebnisse in die Planung einfließen zu lassen.

Der in der Beratung gestellte Antrag der CDU (s. Anlage) wird einstimmig in den Ausschuss verwiesen.

**9 Antrag der Einwohnerversammlung bezüglich "Kunst im öffentlichen Raum" ("Muschelläufer") 2006/008**

Es liegen Anträge der CDU- und der WAB-Fraktion vor (s. Anlage 4).

Der Antrag der CDU wird mehrheitlich angenommen. Über den Antrag der WAB wird nicht mehr abgestimmt.

**10 Antrag des Kinder- und Jugendbeirates/ SJR Ahrensburg auf Änderung des Vertrages zwischen der Stadt Ahrensburg und dem Stadtjugendring Ahrensburg e. V.**

Herr Randschau trägt den Antrag des Kinder- und Jugendbeirates vor und appelliert an die Stadtverordnetenversammlung, diesen Antrag anzunehmen.

Stadtverordneter Düwel signalisiert, dass die SPD-Fraktion den Antrag unterstütze. Stadtverordneter Beyrich erklärt, dass die CDU-Fraktion den Antrag aus finanziellen Gründen ablehnen werde.

Abschließend wird der Antrag in namentlicher Abstimmung (s. Anlage) abgelehnt.

**11 Erlass der Haushaltssatzung 2006 - Beschlussfassung über den Stellenplan 2006 - 2005/ 145**

Den Sachvortrag hält Stadtverordneter Düwel.

Stadtverordneter Aschmann trägt die Anträge seiner Fraktion vor (s. Anlage).

Stadtverordneter Beyrich stellt den Antrag der CDU, der bereits im Hauptausschuss vorgetragen wurde, vor. Er ist um den Passus: „... es sei denn, die Beratung über das Petersen-Gutachten bringen ein anderes Ergebnis...“ ergänzt. Dies könne eine Abweichung nach unten aber auch nach oben sein.

Bürgermeisterin Pepper betont, den Antrag in 2006 umzusetzen. Für die Folgejahre wolle sie jedoch keine Zusage geben.

Die Anträge der CDU und der WAB werden mehrheitlich angenommen.

Der Stellenplan für das Haushaltsjahr 2006 wird in der der Vorlage beigefügten Ausfertigung beschlossen.

## 12 Haushaltsdebatte

Die Beratung des Finanz- und Investitionsprogramm 2005 – 2009 und der Erlass der Haushaltssatzung 2006 – Entwurf des Verwaltungs- und Vermögenshaushalts 2006 – findet gemeinsam statt.

Stadtverordneter Düwel betont, es ginge seiner Fraktion darum, mit einer Abwägung der Bedarfe eine Balance zwischen den verschiedenen Lebens- und Entwicklungsbereichen der Stadt zu haben. Weiter dürfe man zukünftige Generationen nicht zu stark mit Schulden belasten.

Stadtverordneter Aschmann fordert, die Wirtschaftlichkeit aller Maßnahmen müsse im Fordergrund stehen und bezieht dies insbesondere auf die Sporthallenproblematik.

Stadtverordneter Koch spricht sich dafür aus, die Investitionen möglichst ohne Kreditaufnahme zu tätigen. Es sei gelungen, auf Steuererhöhungen zu verzichten und Ausgaben zu kürzen. Falls sich die Grundstückseinnahme für die Flächen aus dem Projekt des Einkaufszentrums nicht realisieren ließen, plädiert er zunächst für eine entsprechende Haushaltssperre.

Stadtverordneter Pahl setzt sich wiederholt für die Niederdeutsche Bühne ein. Es geht ihm darum, den Zuschuss von 8.200 € auf 10.500 € zu erhöhen.

Stadtverordnete Wilmer spricht sich dafür aus, die Planung des Peter-Rantzau-Hauses in den laufenden Haushalt aufzunehmen und begründet dies mit einer ansonsten weiterhin stehenden Zeitverzögerung. Stadtverordnete Brandt plädiert in diesem Zusammenhang für eine Standortdiskussion in 2006 und die Aufnahme der Planung in 2007.

Ein Schwerpunkt der umfangreichen Haushaltsdebatte mit 30 Wortmeldungen ist der Bereich Sportstätten. Stadtverordneter Fleischer sieht durch die vom Bildungs-, und Kulturausschuss empfohlenen und bisher von der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Maßnahmen Ahrensburgs Charakter als Sportstadt gestärkt. Der Stadtverordnete Junker plädiert die Entwicklung des Sports im Beimoor-Süd voranzutreiben und bezieht sich auf die Sportstättenleitplanung. In diesem Zusammenhang verweist der Stadtverordnete Beyrich auf die noch nicht geklärte Eigentumsfrage für einen Großteil der geplanten Sportflächen in Beimoor-Süd.

Diskutiert wird ferner intensiv über den Marstall. Hier wird über eine Verbesserung der Einnahmesituation, insbesondere durch Verpachtung der Remise, mit enger Bindung des Marstallvereins an den Pächter nachgedacht.

Im Anschluss wird über die in der Debatte vorgestellten bzw. zur Sitzung eingereichten Anträge, die als Anlagen beiliegen, wie folgt abgestimmt:

1. *Antrag der SPD zum Kunstrasenplatz*  
Dieser Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

Sowohl in Ziffer a) als auch in Ziffer b).

2. *Antrag der SPD-Fraktion zur Hamburger Straße*  
Hier wird die Alternative a) mehrheitlich angenommen und die Alternative b) mehrheitlich abgelehnt.
3. *Antrag der SPD zum Neubau Peter-Rantzau-Haus*  
Dieser Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.
4. *Antrag der SPD zum Schlosspark*  
Dieser Antrag ist schon beschlossen.
5. *Antrag der WAB zur Krippe Schäferweg*  
Dieser Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.
6. *Antrag der WAB zur Krippe Gartenholz*  
Dieser Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.
7. *Antrag der WAB zu digitalen Bestandsplänen*  
Dieser Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.
8. *Antrag der SPD zum Zuschuss der Niederdeutschen Bühne*  
Dieser Antrag wird mehrheitlich angenommen.
9. *Antrag der SPD zum Stadtbus*  
Dieser Antrag wird mehrheitlich angenommen.
10. *Antrag der CDU zum Marstall (die CDU übernimmt einen Ergänzungsantrag der Stadtverordneten Ulrich)*  
Dieser Antrag wird mehrheitlich angenommen.

Ein in diesem Zusammenhang gestellter Antrag der SPD ist damit obsolet.

## **12.1 Finanz- und Investitionsprogramm 2005 - 2009 2005/ 129.1**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt mehrheitlich das Finanz- und Investitionsprogramm für die Jahre 2005 – 2009 mit den sich aus der Haushaltsdebatte ergebenden Änderungen.

## **12.2 Erlass der Haushaltssatzung 2006 - Entwurf des Verwaltungs- und Vermögenshaushalts 2006 2005/ 130.1**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt mehrheitlich den Erlass der Haushaltssatzung 2006 – Entwurf des Verwaltungs- und Vermögenshaushalts

tes 2006 – mit den sich aus der Haushaltsdebatte ergebenden Änderungen.

**13 Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe gem. § 82 GO für Personalausgaben 2005 2006/001**

Für die Personalkosten 2005 werden überplanmäßig 51.127,43 € gemäß § 82 GO bereitgestellt. Die Deckung erfolgt durch Mehreinnahmen bei der Grundsteuer B (HHSt 9000.0010).

**14 Widmung von Straßen 2005/ 158**

Die Straße Kornkamp-Süd wird gem. § 6 Abs. 1 des Straßen- und Wegegesetzes dem öffentlichen Verkehr gewidmet. Sie wird als Gemeindestraße im Sinne von § 3 Abs. 1 Nr. 3 a eingeführt.

**15 Versorgungsquoten im Kindertagesstättenbereich 2006/004**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt mehrheitlich:

Die Stadt Ahrensburg setzt sich zum Ziel, die Kindertagesbetreuung aufgrund des Tagesbetreuungsausbaugesetzes mit folgenden Ausbaustufen festzulegen:

*Kinder unter drei Jahren (Krippe/Tagespflege):*

- a) bis zum 15.03.2006 = 10 % Versorgungsquote
- b) bis zum 15.03.2008 = 15 % Versorgungsquote und
- c) bis zum 15.03.2010 = 20 % Versorgungsquote

*Kinder im Alter von 3 Jahren bis zum Schuleintritt (Elementar):*

Die festgelegte Versorgungsquote von 85 % bleibt erhalten.

*Schulpflichtige Kinder (bis Ende der Grundschulzeit - Hort):*

Bis zum 15.03.2010 = 25 % Versorgungsquote.

gez. Werner Bandick  
Vorsitz

gez. Sven Wilke  
Protokoll